

nkfagung.
vielen Beweise von Freundschaft,
welche wir bei dem
meines 25jährigen Jubiläum
allen Seiten zu Theil
wurde und für die wir
der kaiserlichen Verwaltung
Freundschaften sage ich hier
einen Dank.
Geben, im October 1897.
Heinrich Brandt,
Geh. Rath.

Metallkränze,
Perlkranz,
Kronenkränze,
Kronenkränze
r Auswahl billig.
Bismarckstr. 31.

Bismarckstr. 52, Barthelme
elken.
B. H. Hanne, Neuf.

247 489 599 900
12 450 506 23
88 485 072 745
17027 107 287
595 682 55 781
000 985 [1000]
815 1232172
0 77 814 38
0007 59 156 825
0007 120 23 47
394 414 817
3078 137 298 8
77 82 900 27
1 137140 267
139236 389
008 954 [3000]
144005 34 40
02 816 482
119 56 317 86
225 97 409 43
878 946 55 64
2 154122
006 78 [3000]
0000 100 28
[3000] 98 98
0074 156 586
15611 100 28
421 761 88
33 85 539 87
000 109805
568 94 665
5 173648
0 121004 48
216 51 127
185 207 18
9 170007
08 [500] 790
12 [500] 882
01 618 519
71 618 88
180000 127
07 [9000] 80
0000 63 716
224 29 64
000 85 006
205 11 32
39 [500] 50
0 141004 48
204349
204008
46 602 13
390 919 42
146 214 38
0215000
00 676 716
210000
445 95 829
01 65 551

Neuf-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuf und Grevenbroich.

Redaction: Hof. Grauman. Expedition: Neuf, Markt 15. Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Neuf-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Pauli-Blatt.
Preis pro Quartal in Neuf durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75.
Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Nachtrag von 20 Pf. pro Quartal beigegeben.
Inserate finden durch die Neuf-Grevenbroicher Zeitung die weitestest Verbreitung und bei dem häufigsten Lesepublikum unseres Landes die beste Wirkung. Preis für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 16 Pf.
Bei größeren Anzeigen und besonderer Berücksichtigung entgegenkommender Abt. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Anzeigenannahme durch alle beliebigen Anzeigen-Expeditionen.

Mr. 243. Dienstag den 26. October 1897. (Lucian.) 24. Jahrgang.

Für die Monate
November und December
werden schon jetzt
Abonnements
auf die
Neuf-Grevenbroicher Zeitung
bei unseren Voten, Agenturen, sowie bei den kaiserlichen Postanstalten angenommen.
Neuabonnenten
erhalten die Zeitung bis Ende des Monats **gratis.**
Ebenso werden ihnen unser
Taschenfahrplan
und die
hübsche Schreibmappe
kostenlos zugestellt.
Ergeben:
Redaktion und Verlag
der
Neuf-Grevenbroicher Zeitung.

1. Zur Creta-Frage.
Ein neuer Gouverneur für die unglückliche Insel Creta scheint noch immer nicht gefunden zu sein. Die verschiedenartigsten bekannten und weniger bekannten Namen sind aufgetaucht, dann aber auch ebenso schnell wieder verschwunden. Jetzt schien man sich auf irgend einen Prinzen festzulegen zu haben, aber die Verhältnisse scheinen doch nachgerade auf der Insel nicht derart zu sein, daß sich dort selbst ein bescheidenes „Thronchen“ errichten ließe. Deshalb scheint man nunmehr es eher auf einen Kriegsmann abgesehen zu haben, aber auch hier ist noch Alles im Unklaren. Augenblicklich nennt man für den Gouverneurposten zwei Namen. Aus Wien, 22. October, meldet nämlich das Depeschens Bureau Herold: „Der türkische Marschall Ramphobener ist aus Konstantinopel wieder hier eingetroffen. Es verlautet, er sei vom Sultan mit der Mission betraut worden, bei einigen Mächten wegen seiner Ernennung zum Gouverneur von Creta persönliche Schritte zu thun.“
Ohne Zweifel wäre der Türkei am liebsten einer der Ihrigen, damit sie auf der Insel ruhig weiterwüchsen könnte, aber dazu wird auch wohl die persönliche Vorstellung des Pascha bei den einzelnen Mächten nicht hinreichen.
Von anderer Seite, wir wissen nicht, welche Glaubwürdigkeit ihr beizumessen ist, wird der Name des Luxemburgischen Obersten Schäfer als Gouverneur von Creta genannt. Ueber die Persönlichkeit dieses in der Öffentlichkeit kaum bekannten Mannes erfahren wir:
Er ist in Luxemburg 1856 geboren und ging vor zwanzig Jahren nach dem Orient. Er gehörte u. a. zur Mission Vater Pascha, die den Bericht über die Reformen in Armenien und den anderen Provinzen Kleasiens erstattete, war

dann Leiter der Antislavery-Bewegung im Dienste Meghens und zugleich Mitglied des Generalstabs während des Feldzuges im Sudan, und beim Generalstab Lord Wolseley's zur Entsetzung Gordon's. Er hat eine Armenierin aus angesehenster Familie Namens Dabian aus Konstantinopel geheiratet. Oberst Schäfer ist luxemburgischer Staatsangehöriger geblieben; er ist seit der Unterdrückung des Sklavenhandels in Ägypten pensioniert und wohnt in Luxemburg. Wer schließlich das Regiment auf Creta übernimmt, steht also noch nicht fest. Mögen die Mächte unter den Mächten des Westens auswählen und dabei nicht auf das Votum der Türkei hören. Wäre die hohe Pforte sehr zufrieden mit der Lösung dieser Frage, so dürfte man wohl sagen, daß die christliche Sache im Nachtheil sein wird, denn die letzten Massacres haben auf's Neue bewiesen, wie ernst es den Türken mit dem Frieden ist. Wie in Thessalien, so machen sie in Armenien, so werden sie es auch fürder wieder auf Creta machen, wenn ihnen nicht durch die Mächte in energischem Widerstand ein Riegel vorgeschoben wird. Wird dies nicht namentlich durch die Besetzung des Gouverneurpostens mit einem energischen christlich gesinnten Mann erreicht, so hat die ganze Große Expedition der Mächte keinen Zweck gehabt, dann könnte man wirklich sagen: „Parturient montes, nascetur ridiculus mus.“ Die Berge setzen sich in Bewegung, aber es tam nur eine ganz kleine Maus heraus!

Deutschland.
* Berlin, 25. October.
○ Die Weisheit des protestantischen preussischen Kultusministeriums in laiblichen Dingen ist dieser Tage wieder in ihrer ganzen blendenden Klarheit erschienen. Das protestantische Bewusstsein mag sich freuen, es ist katholischen Ordensleuten wieder einmal verboten worden, sich an der rheinisch-westfälischen Grenze bei Letmathe niederzulassen. Wie das Westfäl. Volksbl. zu Paderborn erzählt, ist die gedachte Niederlassung der Väter des göttlichen Wortes von Steyl nicht genehmigt. Es befremdet das um so mehr, sagt dazu die „Westmanna“, als das Gesuch um Genehmigung der Niederlassung schon seit Jahresfrist gestellt war und wenigstens, wie allgemein behauptet wird, von den zunächst beteiligten und gut unterrichteten Behörden des Kreises Jülich beantwortet war, resp. keine Einwendungen dagegen erhoben waren. Nicht lange, nachdem das Gesuch eingereicht war, verlautete, daß von protestantischer Seite eine Agitation gegen das Project eingeleitet sei, unter der Angabe, es solle durch diese Niederlassung ein Keil in den Protestantismus des Kreises Jülich getrieben werden. Daß locale, ja jede locale Wirksamkeitsinteressen ausgepielt sind gegen das Project, ist ein offenes Geheimnis. Der oben genannte Grund, Gefahr für den Protestantismus des Kreises Jülich, ist aber ein so ungeheuerliches Unbündel, daß wir es zur Ehre der dabei interessierten Kreise lieber nicht annehmen wollen. Es sollte eine halbe Stunde von Letmathe, in einem stillen friedlichen Waldhause, ein Missionshaus für Jülinge und alte invalide Missionare errichtet werden. Der Ort paßt wegen seiner gelunden Lage, und weil von allen katholischen Theilen Westfalens leicht erreichbar, wie kein zweiter in Rheinland und Westfalen zu einem solchen Hause. Die Missionare von Steyl verfolgen unsere deutschen Schicksale mit Missionaren und haben dort in dem gefährlichen Klima große Verluste. Manche lehren erholungsbedürftig zurück. Es ist nun kaum glaublich, daß man solchen Leuten, welche sich um die Protestanten gar nicht kümmern, dem deutschen Vaterlande und dessen Interessen aber in den Colonien unter vielen Opfern dienen, eine solche Niederlassung verweigern sollte. Hoffentlich erfolgt bald nähere Aufklärung über die gemeldete Ablehnung.
Unsere Centrumsabgeordneten werden wohl im Abgeordnetenhause mit den Herren Ministern über dieses „besondere Wohlwollen“ gegenüber katholischen Priestern noch ein gutes Wort reden, auch wenn verschiedene Herren dabei wiederum die schredliche „Kettenangst“ erfaßt.
* Ein erbauliches Stückchen, wie es oft in Kriegervereinen hergeht, wird jetzt bekannt. Dasselbe stellt sich als ein Nachspiel zu

dem oft besprochenen Fall des Ortsvorstehers Schulze-Nachweis dar, der bekanntlich seines Amtes entsetzt wurde, weil er eine frühere Sozialdemokrat nicht gleich aus dem Hause setzte. Die Fortsetzung des Falles, der sich auf das Gebiet des Kriegervereins fortsetzt, ist bei uns noch interessanter als der Anfang. Wir lesen darüber:
„Herr Schulze ist auch aus dem Kriegerverein in seinem Wohnorte Rammig ausgeschieden worden, dem er im Jahre 1891 als bereits seit zwölf Jahren im Amte befindlicher Ortsvorsteher in Folge einer an ihn gelangten behördlichen Aufforderung beigetreten war. Gegen Ende September d. J. richtete der Landrat v. Stalppel ein Schreiben an den Revisor Amtsvorsteher Herr Schulze, das Schreiben enthielt die Aufforderung, den Amtssitz Schulze aus dem Kriegerverein herbeizuführen. Der Amtsvorsteher ließ hierauf den Vorsitzenden des Kriegervereins kommen und theilte ihm mit, daß Schulze aus dem Verein ausgeschieden werden müsse, indem er hinzufügte, daß es sich wahrscheinlich um die Sache mit der Witwe Palm handele. Der Vorstand des Kriegervereins gab dieser Aufforderung zunächst keine Folge, erstellte jedoch vor einigen Tagen durch den stellvertretenden Amtsvorsteher des Bezirks Herrn Engel in Jülich eine Bescheinigung des Bezirks-Kommandos zu Paderborn, worin es hieß: „Wenn der frühere Gemeindevorsteher Schulze noch dem Kriegerverein angehört, so ist derselbe sofort zu entfernen. Ingleich wurde dem Kriegervereinsvorstande bedeutet, daß unverzüglich der erfolgte Ausschluss Schulze dem Bezirks-Kommando anzugeben sei. Demnach wurde verfahren und unterm 17. October an Schulze folgendes Schreiben gerichtet: „Auf Befehl höherer Behörden sind Sie jetzt aus dem Kriegerverein entfernt. Der Vorstand.“
Das Potsdamer Bezirkskommando, so schreibt recht zutreffend die „Frankf. Ztg.“, hat sich also herausgenommen, einen Kriegerverein einfach zu kommandieren, als ob dieser unter seinem Oberbefehl stünde. Daß es damit den Kriegervereinen zugleich zu einem Rechtsbruch gegen sein bisheriges Mitglied veranlaßt hat, da Herr Schulze Ansprüche an die Rasse des Vereins sich erworben hat, wollen wir dem Bezirkskommando nicht einmal zu sehr anrechnen; denn wenn ihm nicht bemerkt ist, daß es Privatvereine, wie es doch die Kriegervereine sind, gar nichts zubezählen hat, so kann man bei ihm eine Kenntnis von bürgerlichen Rechtsverhältnissen, wie sie zwischen Vereinen und deren Mitgliedern bestehen, ja erst recht nicht voraussetzen. Selbst wenn das Bezirkskommando sich aber zu seinem Vorgehen berechtigt angesehen hätte, so hätte es doch mindestens warten müssen, ob das Oberverwaltungsgericht auch die landesherrliche Entscheidung bestätigen würde. Auf der anderen Seite ist es bezeichnend, wie Kriegervereine sich demüthig solchen ungültigen Eingriffen unterwerfen. Die Achtung vor dem Kriegervereine wird durch die Weisheit nicht gehoben werden, im Gegentheil wird dieser Vorgang für Kriegervereinsmitglieder, die noch etwas auf sich halten, ein Grund sein, Vereinen, die sich zu derartigen Voyottirungen aus politischen Gründen hergeben, den Rücken zu kehren. Auch die Autorität der Regierung wird sicher keinen Gewinn davon haben, daß Landräthe ein förmliches Kesseltreiben gegen missliebige Ortsvorsteher inscenieren, wie es gegen den Rammiger Ortsvorsteher geschehen ist.
Wir müssen aber auch hier wiederum fragen, ist der Satz in den Vereinsstatuten, nach dem Politik ausgeschlossen sein soll, nur eine Vorrede, um Leichtgläubigen Sand in die Augen zu streuen, oder wie steht's mit der Sache? Jedenfalls wird die Sache auch im Reichstage zur Sprache gebracht werden.

* Betreffs staatlicher Aufsicht über die Privatpostanstalten hat der Handelsminister Erhebungen angeordnet. Die Reichspostverwaltung will beobachtet haben, daß verschiedentlich die Privatpostanstalten Unzulänglichkeiten und Schädigungen des Publikums dadurch herbeigeführt hätten, daß die Gründer oder Leiter mehrfach schlecht beleumdete Personen gewesen seien, oder daß Leute, denen die nötige Sachkenntnis oder das zum ordnungsmäßigen Betriebe erforderliche Vermögen gemangelt habe, Anstalten der bezeichneten Art errichtet hätten. Der Minister wünscht Aufklärung über folgende Punkte zu erhalten: 1. Vorleben, Vertrauenswürdigkeit, Vermögensverhältnisse und Sachkenntnis der Leiter und des Personals. 2. Sind mangelhafte Betriebsbedingungen und unzureichende Leistungen zu Tage getreten? (Nichtbefolgung von Briefen, Unregelmäßigkeiten in der Verlegung der Briefsammlungen und Unpünktlichkeit bei der Befüllung der darin vorgesehenen Sendungen.)

Hohes politisches Interesse
wird zumal die
nächste Zeit
bieten. Wer sehen will, wie es um seine
Rechte
als katholischer Mann steht, wer einen
freimüthigen
Vertheidiger
der **Volksrechte**
sucht, der findet dies in unserer
Neuss-Grevenbroicher Zeitung,
die 25 Jahre nahezu im Kampfe für die
höchsten Güter
steht.
Billiger Preis,
volkstümliche Behandlung
eignen sie vor Allen zu einer
Zeitung für das
katholische Volk.
Möge eifriges Abonnement unsere
Bestrebungen unterstützen.
Ergeben:
Redaktion und Verlag
der
Neuf-Grevenbroicher Zeitung.

3. Sind Zahlungsverbindlichkeiten nicht erfüllt, insbesondere Röhne des Bestellpersonals nicht bezahlt worden? 4. Sind Vertretungen bei der Betriebsaufstellung nicht eingeleitet worden? 5. Sind Unterhaltungen und Vernichtungen von irrtümlich den Briefkästen der Privatanstalt übergebenen, mit Postwertzeichen versehenen Sendungen vorgekommen? 6. Sind etwa die von den Bediensteten der Anstalt hinterlegten Rationen durch die Leiter der Anstalt veruntreut worden.
* Die Konferenz im Reichspostamt mit den Vertretern der Handelskammern und kaufmännischen Vereine hat, wie wir erfahren, betreffen: die Erhöhung des einfachen Briefgewichtes, die Ermäßigung des Briefpostens für den Nachverkehr und die Gebühre für Postanweisungen über kleine Beträge. Ferner soll eine Vereinfachung des technischen Betriebes beraten worden sein. Der Erfolg der Konferenz soll ein aufreissender gewesen sein. — Das muß sich ja übrigens bald zeigen.
* Die Landesausschüsse in Elbfahrbahnen stehen jetzt bevor. Die Wahl der Wahlmänner ist auf den 31. dieses, die der Abgeordneten auf den 6. nächsten Monats angesetzt worden.
* Erhöhung des Zolls auf Fahrräder. Ein Berliner Blatt weiß zu erzählen, hervorragende Vertreter der Fahrradindustrie, unter ihnen der Geheime Commerzienrath Naumann aus Dresden, seien von dem Finanzminister von Miquel empfangen worden, und der Minister hätte jenen Herren in Aussicht gestellt, daß bis zum Frühjahr des kommenden Jahres der Zoll auf amerikanische Fahrräder auf dem Verordnungswege auf 40 bis 50 Mark pro Stück erhöht werden dürfte. Wir lassen dahingestellt, ob diese Mitteilung auf Wahrheit beruht.
* München, 25. Oct. (Landtag.) Bei Beratung des Militärhaushalts trat in der Kammer Abg. Schaeffler mit großem Nachdruck für Maß-

Ein fleißig
gesucht. D
unter Bohn
zu melde

8) „Es m
schließlich
wollte nicht
practisch
Angelegen
mehr, als
die Leute e
Da ich nur
nisse gewan
greife, wien
(geteilt) hab
berühmt ha
schlagen for
ich nicht er
für Sie in
Doch
Samme bod
„Verten
„Ich ka
„Wie n
„Ich k
„Unfinn
Stehend
empor.
„Bitte,
jeht — ich
denken.“
„Machn, im
schleichen
Unabhängig
vorgehen.“
„Unabh
„Gean.“
„Warum
ihr Leben
„Einige
an, doch n
behaft sein
bennoth ab
der Natur